

Dringliche Interpellation

Ungleichbehandlung der Kathischülerinnen in der Stadt Wil

Die vereinigte Stadt Wil hat den Kathi-Schülerinnen aus dem ehemaligen Gebiet der Gemeinde Bronschhofen das Schulgeld ein Jahr lang bezahlt mit der Begründung, dass diese Lösung als vertretbar gewertet wird, bis die nötigen Vertragsgrundlagen vorliegen. Diese Zahlungen wurden ab 1. Januar 2014 jedoch wieder eingestellt.

An der gemeinsamen Bürgerversammlung von Wil und Bronschhofen im November 2012 wurde für das Jahr 2013 das Schulgeld auch für die bestehenden Bronschhofer- und Rossrütner Kathischülerinnen, mit einem überwältigenden Mehr genehmigt. Im Kommentar zum Voranschlag 2014 steht: *„Dass der Stadtrat diese Zahlungen nicht weiterführt sondern im Budget 2014 gestrichen hat, ist die Folge eines aufsichtsrechtlichen Entscheids des Erziehungsrates, in dessen Rahmen festgehalten wird, dass die Eltern von Bronschhofer und Rossrütner Mädchen keinen schulvertraglichen Anspruch auf eine Kathi Schulgeldzahlung durch die Stadt Wil haben, solange der bisherige Vertrag gilt“*

Die Tatsache, dass der Erziehungsrat der Meinung ist, dass es eine Änderung des Schulvertrags gebraucht hätte, um einen Rechtsanspruch auf Schulgeld geltend machen zu können, wirft einige Fragen auf.

Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Weshalb hat es der Stadtrat unterlassen, rechtzeitig auf den Zeitpunkt der Vereinigung der politischen Gemeinden Wil und Bronschhofen, den Schulvertrag mit dem Kathi entsprechend anzupassen?
2. Teilt der Stadtrat unsere Auffassung, dass dadurch der Bevölkerung auf dem ehemaligen Gebiet der Gemeinde Bronschhofen unverschuldet und unerwartet ein erheblicher Nachteil entstanden ist?
3. Findet es der Stadtrat fair, einen Teil der Bevölkerung der Stadt Wil schlechter zu behandeln als den andern, und ihm den Zutritt zum Kathi zu erschweren obwohl eine überwältigende Mehrheit an der Bürgerversammlung vor gut einem Jahr anders entschieden hat und alle Einwohner ihre Steuern in Wil bezahlen?
4. Glaubt der Stadtrat, dass diese Praxis mit dem verfassungsmässigen Grundsatz der Rechtsgleichheit zu vereinbaren ist?
5. Teilt der Stadtrat die Meinung, dass es der Stadt Wil durchaus erlaubt ist und es ihr gut anstünde, nach Treu und Glauben zu handeln und das Schulgeld der 7 Kathischülerinnen zu übernehmen, dies selbstverständlich mit der Zustimmung des Parlamentes?

Erika Häusermann, glp

14. Januar 2014

A handwritten signature in black ink that reads 'Erika Häusermann'.

dringl. Interpellation

Parlamentarischer Vorstoss: *„Ungleichbehandlung d. Kathi-Schülerinnen in der Stadt Wil“*

Erstunterzeichnende Person: *Häusermann Erika, glp*

Name/Vorname/Partei	Unterschrift
Ammann Schläpfer Silvia, SP	
Bachmann Adrian, FDP	
Bernold Patrick, CVP	
Bosshart Roland M., CVP	
Breu Mario, FDP	
Bullakaj Arber, SP	
Deffendi Juri, SVP	
Eberle Peter, CVP	
Egli Ursula, SVP	
Etter Urs, FDP	
Flückiger Marc, Jungfreisinnige	
Gähwiler Susanne, SP	
Gehrig Christoph, CVP	
Gehrig Reto, CVP	
Gerber Daniel, glp	<i>D. Gerber</i>
Grämiger Christa, CVP	
Hasler Christine, CVP	
Häusermann Erika, glp	<i>Erika Häusermann</i>
Hegelbach Katja, SP	
Hodel Norbert, FDP	
Hürsch Christoph, CVP	
Kauf Luc, GRÜNE prowil	
Koller Sebastian, GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen	

Name/Vorname/Partei	Unterschrift
Lerch Patrik, SVP	
Luginbühl Dora, SP	
Mächler Franz, glp	<i>F. Mächler</i>
Malgaroli Marcel, FDP	
Melliger Eugen, FDP	
Mettler Marianne, SP	
Meyer Kilian, SP	
Moser Hans, CVP	
Ruckstuhl Adrian, CVP	
Ruckstuhl Sonja, CVP	
Rüdiger Klaus, SVP	
Rutz Roman, EVP	
Sarbach Michael, GRÜNE prowil	
Schär Ruedi, CVP	
Schmitt Mario, SVP	
Schweizer Erwin, CVP	
Shitsetsang Jigme, FDP	
Stutz Daniel, GRÜNE prowil	
Trüb Nathanael, SVP	
Wick Guido, GRÜNE prowil	
Zäch Daniel, SVP	
Zahner Mark, SP	